



17.513

**Parlamentarische Initiative Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Den Familiennachzug
von vorläufig Aufgenommenen
befristet stoppen**

**Initiative parlementaire groupe
de l'Union démocratique du Centre.
Mettre temporairement fin
au regroupement familial
en ce qui concerne
les personnes admises
à titre provisoire**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.06.19 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Buffat, Addor, Brand, Burgherr, Glarner, Pantani, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

AB 2019 N 988 / BO 2019 N 988

Proposition de la minorité

(Buffat, Addor, Brand, Burgherr, Glarner, Pantani, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)

Donner suite à l'initiative

Präsident (Brand Heinz, zweiter Vizepräsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Amstutz Adrian (V, BE): In Anbetracht der Tatsache, dass ich hier vor allem vor leeren Stühlen spreche, und da ich davon ausgehe, dass alle, die den Saal verlassen haben, unseren Vorstoss gelesen haben – bei denen, die im Saal sind, weiss ich, dass sie ihn gelesen haben –, beschränke ich mich auf zwei, drei Zusatzbemerkungen. Familiennachzug auch für sogenannt vorläufig Aufgenommene: Der Begriff "vorläufig aufgenommen", wie er heute verwendet wird, ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen. Das wissen wir alle, aber niemand ist bereit, in diesem Zusammenhang dem "Büüssi" auch Katze zu sagen. Entgegen der Suggestion, die der Begriff "vorläufig Aufgenommene" – wohl bewusst, als Beruhigungsspiel für die Bevölkerung – zum Ziel hat, bleiben nach heutiger Praxis die vorläufig Aufgenommenen grösstenteils für immer in diesem Land. Mit dem Familiennachzug wird dieser Dauerverbleib geradezu noch zementiert, und die Sozialhilfefälle werden vermehrt. Das hat





die Asylindustrie längst bemerkt und instruiert die sogenannt vorläufig Aufgenommenen dann auch, sodass der Dauerverbleib eben entsprechend gesichert wird.

Hier gilt es, zumindest einen befristeten Stopp zu beschliessen, um in dieser Zeit durch das Parlament neue und verschärfte Bedingungen für ebendiesen Familiennachzug zu schaffen und all diejenigen vorläufig Aufgenommenen, bei welchen dies möglich ist, in ihre Länder zurückzuschicken – und oft wäre es durchaus möglich. Wenn ich heute lese, dass Kosovaren als vorläufig Aufgenommene noch heute Familiennachzug haben, heute, im Jahre 2018, (*Heiterkeit*) also 2019, dann stehen mir schon die Haare zu Berge. (*Heiterkeit*) Ja, Sie lachen. Es ist nicht lustig. Es kostet nämlich die steuerzahlenden Menschen in diesem Land Hunderttausende von Franken. Und Sie wissen, dass viele dieser Familien dann in der Sozialhilfe landen, obschon die Bedingungen relativ restriktiv sind. Das weiss man, und trotzdem tun wir es. In Anbetracht der sich verschärfenden Problematik – 2018 waren es insgesamt, zusammen mit den Leuten mit Flüchtlingsstatus, fast 5000 Familiennachzügler – bitte ich Sie also, zu handeln. Ja, wenn Sie das so weitertreiben wollen – bitte. Aber dann sagen Sie es vor den Wahlen Ihren Leuten auch, dass Sie das so wünschen. Und dann frage ich mich, Herr Pardini – Sie schütteln den Kopf –, ob Ihre "Büezer", die sich das Steuergeld irgendwo, ich sage nicht wo, abkratzen müssen, dann einverstanden sind.

Buffat Michaël (V, VD): Au nom de la minorité de la commission, je vous invite à donner suite à cette initiative parlementaire visant à instaurer un moratoire de trois ans sur le regroupement familial des personnes admises à titre provisoire.

Depuis 2013, le nombre de personnes admises à titre provisoire a augmenté de manière exponentielle: 22 639 en 2013, 40 700 en 2017 et 46 267 à fin novembre 2018. Ces personnes n'ont, en aucun cas, vocation à rester dans notre pays; un regroupement familial ne fait aucun sens: le fait de faire venir leur famille rend le retour dans le pays d'origine encore plus compliqué. Le provisoire n'est pas fait pour devenir du définitif. Nous devons au contraire chercher à réduire l'attractivité de la Suisse pour ces personnes qui, je le répète, n'ont pas d'avenir dans notre pays.

L'idée de cette initiative parlementaire d'instaurer un moratoire de trois ans nous permettra de déterminer si une interdiction de regroupement familial est pertinente ou non. Je vous invite donc à donner suite à cette initiative parlementaire.

Barrile Angelo (S, ZH), für die Kommission: Die Staatspolitische Kommission hat am 21. Februar 2019 die von der Fraktion der SVP im Dezember 2017 eingereichte parlamentarische Initiative vorgeprüft. Die Initiative will den Familiennachzug von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen und anderen vorläufig Aufgenommenen während eines dreijährigen Moratoriums verbieten. Die Kommission beantragt Ihnen mit 15 zu 9 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben.

Welches sind die Überlegungen der Kommission? Die Kommission stellt die Wirkung und das Ziel eines dreijährigen Moratoriums für den Familiennachzug infrage. Bereits heute verfügt die Schweiz über Regeln im Bereich des Familiennachzuges, die restriktiver als die anderer Länder sind: Vorläufig Aufgenommene können erst nach einer dreijährigen Wartefrist ihre Familienangehörigen nachziehen und müssen nachweisen, dass sie für ihre Angehörigen sorgen können. Der Familiennachzug ist also nur möglich, wenn ein Einkommen besteht und die Wohnung beispielsweise genug gross ist.

Herr Kollege Amstutz, wir haben es in der Kommission besprochen: Zwischen 2013 und 2017 betrug die Anzahl der Familiennachzüge bei vorläufig Aufgenommenen 308 und nicht 5000 wie letztes Jahr, wie Sie vorhin angegeben haben. Das sind mehr als nur die vorläufig Aufgenommenen.

In der Herbstsession 2016 haben wir im Parlament im Rahmen der Beratungen zur Integrationsvorlage auch das Thema des Familiennachzuges diskutiert. Damals haben National- und Ständerat beschlossen, dass der Familiennachzug für die Gruppe der vorläufig Aufgenommenen nicht vollständig gestrichen wird. Deshalb sieht hier die SPK-NR keinen Grund, bereits jetzt wieder über einen Stopp des Familiennachzuges zu diskutieren. Zudem haben, Herr Kollege Amstutz, die eidgenössischen Räte im vergangenen Sommer mehrheitlich einer Motion zugestimmt, wonach punktuelle Anpassungen bzw. Änderungen am Status der vorläufigen Aufnahme vorgenommen werden sollen. Es ist also nicht so, wie Sie gesagt haben, dass niemand einen Handlungsbedarf sieht. Wir haben ihn in beiden Räten gesehen. Daraus könnten sich allenfalls Änderungen oder Anpassungen in der Regelung des Familiennachzuges für vorläufig Aufgenommene ergeben.

Die Kommissionsminderheit sieht die Möglichkeit des Familiennachzuges als Fehlanreiz und hält deshalb an der Initiative fest. Das geforderte dreijährige Moratorium könne als Testbetrieb betrachtet werden; danach könne über ein vollständiges Verbot des Familiennachzuges entschieden werden.

Ihre Staatspolitische Kommission beantragt Ihnen mit 15 zu 9 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben.



Amstutz Adrian (V, BE): Es werden hier falsche Zahlen verbreitet. Wenn das sogar in der Kommission der Fall war, dann leuchten bei mir alle Warnlampen. Ich habe hier die offizielle Antwort des SEM zur Frage der vorläufig Aufgenommenen und der vorläufig Aufgenommenen mit Flüchtlingsstatus: Familiennachzug 821, Herr Kommissionssprecher. Ihre Zahl stimmt mit jeder Garantie nicht. Wie stellen Sie sich dazu?

Barrile Angelo (S, ZH), für die Kommission: Ich präzisiere: Wir haben das in der Kommission tatsächlich besprochen. Es geht um 308 Familiennachzüge, und insgesamt waren 797 Menschen betroffen. Das stimmt, aber es waren nicht 5000 Personen, wie Sie vorhin behauptet haben.

Präsident (Brand Heinz, zweiter Vizepräsident): Herr Amstutz wünscht, eine persönliche Erklärung abzugeben.

Amstutz Adrian (V, BE): Ich habe nichts gegen eine Auseinandersetzung, Herr Kollege. Aber wenn Sie Aussagen in einem falschen Zusammenhang wiedergeben und mir den Vorwurf machen, sie seien falsch, dann muss ich Sie korrigieren. Vielleicht haben Sie mich nicht richtig verstanden. Ich habe ausdrücklich – das wird im Amtlichen Bulletin auch so nachzulesen sein – von 5000 Personen gesprochen, die, inklusive anerkannte Flüchtlinge, im Familiennachzug in unser Land eingereist sind. Das war die Zahl. Ich habe dann weitere Zahlen gebracht, die ich im Moment nicht auswendig weiss. Ich bitte Sie, wenn Sie mich schon angreifen, das korrekt zu tun.

AB 2019 N 989 / BO 2019 N 989

Romano Marco (C, TI), per la commissione: La Commissione delle istituzioni politiche ha esaminato questa iniziativa parlamentare lo scorso 21 febbraio. L'iniziativa, depositata dal gruppo dell'UDC, chiede una moratoria nell'ambito dei ricongiungimenti familiari per persone ammesse provvisoriamente, anche rifugiati. Si vuole in pratica sospendere il ricongiungimento familiare delle persone ammesse provvisoriamente, compresi i rifugiati. La commissione propone di non dare seguito all'iniziativa con 15 voti contro 9.

Secondo l'articolo 85 capoverso 7 della legge federale sugli stranieri e la loro integrazione devono oggi trascorrere almeno tre anni dalla decisione di ammissione provvisoria prima che le persone ammesse provvisoriamente, rifugiati compresi, possano a determinate condizioni essere raggiunti in Svizzera dai coniugi e dai figli d'età inferiore ai 18 anni, i quali saranno inclusi nell'ammissione provvisoria. In pratica, non è possibile chiedere il ricongiungimento familiare immediatamente, devono passare tre anni e le famiglie che lo chiedono devono garantire di essere in grado di sostenere finanziariamente il proprio caro che viene portato in Svizzera. Nell'ambito dell'approfondimento in commissione, l'amministrazione ha potuto confermarci che nel periodo tra il 2013 e il 2017 si sono realizzate 308 situazioni di questo tipo. Qui non parliamo di migliaia di casi; nell'ambito degli ammessi provvisoriamente – non in generale dei rifugiati o delle persone che hanno ricevuto l'asilo – si tratta di 308 casi dal 2013 al 2017.

La moratoria chiesta dagli autori dell'iniziativa è fuori luogo. La commissione reputa che la legge sia stata di recente sufficientemente rivista, e le regole inserite, come ho potuto specificare, pongono l'asticella ad un livello sufficientemente alto per evitare abusi. L'attesa di tre anni e la necessità di disporre di mezzi adeguati per sostenere i propri cari sono ritenuti sufficienti.

Va anche sottolineato che le recenti modifiche della legge federale sugli stranieri e la loro integrazione – era l'oggetto 13.030 – hanno ulteriormente lanciato un dibattito in questo ambito. Si era valutato la possibilità di stralciare totalmente la possibilità di ricongiungimento familiare nell'ambito dell'ammissione provvisoria. Questo non è stato il caso, è stato nuovamente valutato il quadro legale e si è ritenuto sia sufficientemente stretto. Infatti, a livello internazionale siamo tra i paesi che hanno le regole più restrittive in materia.

Una moratoria, in aggiunta, non risolverebbe assolutamente il problema e, anzi, lo procrastinerebbe solo di tre anni. Trascorsi i tre anni l'amministrazione si troverebbe confrontata con una valanga di richieste. L'attuale sistema invece pone delle condizioni per cui solo pochi possono fare richieste in tal senso.

Infine va ricordato come lo statuto dell'ammissione provvisoria sia sotto inchiesta o sotto valutazione da parte dell'amministrazione a seguito di una mozione approvata da entrambe le Camere, che chiede di rivedere questo statuto, di rivederne le regole, sia per la concessione sia per l'amministrazione in Svizzera. Quindi, anche l'ammissione provvisoria in relazione al ricongiungimento familiare andrà rivista nell'ambito degli atti che seguiranno questa mozione approvata dalle Camere.

In questo senso, in questo momento, non c'è la necessità di agire. In questo momento non vi è un'opportunità di introdurre una moratoria. La maggioranza della commissione vi propone quindi, con 15 voti contro 9, di respingere l'iniziativa.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2019 • Sechste Sitzung • 11.06.19 • 14h30 • 17.513
Conseil national • Session d'été 2019 • Sixième séance • 11.06.19 • 14h30 • 17.513



La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La commissione propone di non dare seguito all'iniziativa. Una minoranza Buffat propone di darvi seguito.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.513/18946)

Für Folgegeben ... 64 Stimmen

Dagegen ... 113 Stimmen

(2 Enthaltungen)

